

Ausgabe 2/2010

FREI_ZEICHEN



Das MitgliederMagazin der JuLis Göttingen

Inhaltsübersicht

Vorzeichen	Seite 2	Afghanistan und die Deutschen	Seite 8
Lesezeichen	Seite 2	Rückblick	Seite 9
Kabinettsumbildung in Niedersachsen	Seite 3	Ausblick	Seite 10
Liberaler Energiepolitik	Seite 4	Liberaler Hochschulgruppe	Seite 11
Schulpflicht oder -zwang?	Seite 5	Fragezeichen	Seite 12
Neuer JuLi Landesprogrammattiker	Seite 5		
FDP steuert zu alten Ufern	Seite 6		



Junge Liberale



Göttingen

VORZEICHEN_

Liebe JuLis,

liebe Interessierte,

wir freuen uns euch die zweite Ausgabe unseres Mitgliedermagazins präsentieren zu dürfen.

Wir angekündigt gibt es in dieser die neuen Rubriken FRAGEZEICHEN und LESEZEICHEN. Zudem haben wir eine Seite für die Liberale Hochschulgruppe (LHG) reserviert auf der der neue Vorstand rund um Julia Meinke sich und seine Arbeit vorstellt.

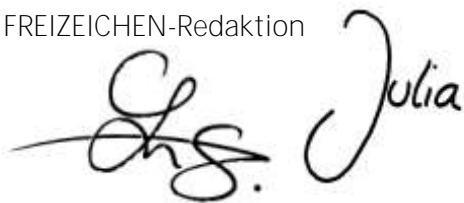
Seit dem Erscheinen des letzten FREIZEICHENS im Februar ist viel passiert. Wir stellen seit dem Landeskongress in Hannover mit David Piotrowski den neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden für Programmatik. Wir waren auf dem Bundeskongress der JuLis in Bonn vertreten und haben mit den Freiheitsfreunden zwei, mit Frank Schäffler und Prof. Dr. Habermann hochkarätig besetzte, Diskussionsveranstaltungen organisiert. Mehr darüber findet ihr im RÜCKBLICK.

Auch für diese FREIZEICHEN-Ausgabe haben wieder viele Mitglieder Artikel verfasst die sich mit einem breiten Themenspektrum beschäftigen. So gibt es z. B. Beiträge zu den aktuellen Debatten um das FDP Steuerkonzept oder dem Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Aber auch mit grundsätzlichen Fragen zur Energiepolitik oder der Schulpflicht haben sich die Mitglieder befasst.

Falls ihr noch Anregungen habt oder einen Beitrag für die unsere nächste Ausgabe schreiben möchtet meldet euch bei uns (bretz@julis.de).

Viel Spaß beim Lesen wünscht euch

eure FREIZEICHEN-Redaktion



LESEZEICHEN_

Freiheit: gefühlt – gedacht – gelebt
Liberale Beiträge zu einer Wertediskussion

von Dr. Philipp Rösler und Christian Linder (Hrsg.)
(erschienen 2009)

„Mit diesem Band ergreifen jüngere liberale Politiker erstmals gemeinsam das Wort, um das Wertefundament des politischen Liberalismus und damit verbunden ihre Ideen von liberaler Politik im 21. Jahrhundert vorzustellen: von der Wirtschafts- über die Bildungs-, Sozial- und Umweltpolitik bis hin zu den internationalen Beziehungen.“

So lautet die Beschreibung auf dem Rücken des Buches und tatsächlich finden sich in dem gut **350 Seiten starken Werk Beiträge von ganz verschiedenen jungen FDP Politikern** die sich mit einem überraschend breiten Themenspektrum beschäftigen.

So schreiben z. B. der neue Generalsekretär Chris-



tian Linder über „Freiheit und Fairness“, der Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler über „Freiheit und Solidarität“ und der ehemalige JuLi-Vorsitzende Johannes Vogel über „Freiheit als Kern liberaler Außenpolitik“.

Sie alle schlagen dabei einen ganz anderen Ton an als man ihn durch die aktuellen Debatten in den Medien von der FDP gewohnt ist und zeigen, dass diese Partei noch viel mehr zu bieten hat als nur ein innovatives Steuerkonzept. Nämlich viele junge, aufstrebende Persönlichkeiten die einen ganzheitlichen Liberalismus als Vision haben und die mit Sicherheit auch Einfluss auf die kommende Grundsatzprogrammdebatte ihrer Partei nehmen werden.

KABINETTSUMBILDUNG IN NIEDERSACHSEN_



Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff hat sein Landeskabinett auf vier von neun Ministerposten umgebildet. Hierbei hat er sich sehr experimentierfreudig und mutig gezeigt! Anstatt Hinterbänkler aus dem niedersächsischen Landtag zu Ministern zu ernennen, hat Wulff sich in der ganzen Bundesrepublik umgeschaut um geeignete Minister zu finden.

Die ehemalige Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann (CDU) wird durch die türkischstämmige CDU-Abgeordnete aus der Bremer Bürgerschaft Aygül Özkan ersetzt. Özkan sorgte schon vor ihrem Amtsantritt innerhalb der CDU für Unmut, da sie sich für ein Verbot christlicher Symbole in staatlichen Schulen ausgesprochen hat.

Die niedersächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen wird das Landwirtschaftsministerium vom gesundheitlich angeschlagenen Hans-Heinrich Ehlen übernehmen. Grotelüschen war erst 2009 in den Bundestag eingezogen. Mit ihr wurde allerdings eine Frau vom Fach ernannt, da ihrer Familie die zweitgrößte Mastputen-Brütereier Deutschlands gehört.

Neuer Kultusminister in Niedersachsen wird der bisherige Staatsminister Bernd Althusmann. Er folgt auf Elisabeth Heister-Neumann. Gerade die Abberufung von Frau Heister-Neumann sollte uns Liberale freuen, da unter ihrer Leitung des Kultusministeriums das Ansehen von der schwarz-gelben Landesregierung stark gelitten hat. Sie hat Eltern- und Lehrerverbände gegen sich und die Regierungsparteien aufgebracht und hat mit ihrer sturen Haltung die zur Bundestagswahl vom Stadtjugendring Göttingen mit den Jugendorganisationen geplante Veranstaltungsreihe "Gö-Vote" verhindert. Eine Kultusministerin, die sich gegen politische Bildung und Aufklärung einsetzt, gehörte schon damals ausgewechselt!

Brandenburgs CDU-Vorsitzende und Landtagsfraktionschefin Johanna Wanka wird neue Wissenschaftsministerin und beerbt damit den Oldenburger Lutz

Stratmann. Wanka war von 2000 bis 2009 Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.

Die Stasi-Beauftragte und frühere brandenburgische Bildungsministerin Marianne Birthler hat auf die Frage, wann die innere Einheit Deutschlands vollendet sei, einmal geantwortet: Wenn ein Ostdeutscher im Westen so selbstverständlich Minister wird, wie ein Wessi im Osten. Dank der Wahl von Christian Wulff ist dies nun geschehen. Zum ersten Mal nach 20 Jahren deutscher Einheit.

Der niedersächsische Ministerpräsident hat mit seiner Auswahl viel Mut bewiesen! Ihm kam es hierbei ganz klar nicht darauf an den niedersächsischen Proporz innerhalb der Landes-CDU zu befriedigen, sondern er hat auf Menschen mit Fachkenntnissen und Erfahrung zurückgegriffen. Ein kluger Schachzug, den wir Liberalen in Zukunft auch häufiger beherzigen sollten! Warum wurde Philipp Rösler damals z.B. niedersächsischer Wirtschaftsminister und nicht Gesundheitsminister? Musste erst Guido Westerwelle auf die Idee kommen mit Rösler einen Fachmann ins Bundesgesundheitsministerium zu entsenden?

In Zukunft sollte auch die FDP versuchen ihre Ministerien mit Fachleuten zu besetzen.



Sascha Schade - studiert Politik und Geschichte im 2 Fächer Bachelor und ist Kreisvorsitzender der JuLis Göttingen (saschas.goettingen@web.de)

Besucht uns im Netz ...

<http://www.julis-goe.de>

... findet uns bei Facebook ...

... oder folgt uns bei Twitter

<http://twitter.com/julisgoe>



LIBERALE ENERGIEPOLITIK - QUO VADIS?_



Die Energiepolitik gilt seit langem als einer der kommenden Bereiche, in dem die Politik noch gestaltet werden kann, doch gerade wir Liberalen haben hier kein in sich geschlossenes Konzept. Wer hat in der letzten Zeit nicht die gefühlte Reaktivierung der Anti-Atombewegung oder die markigen Forderungen eines ehemaligen Umweltministers, der heute der Vorsitzende einer mittelgroßen Partei ist, bemerkt? Obwohl man diesem abgewählten, niedersächsischen Ex-Ministerpräsidenten nicht zu viel Bedeutung schenken sollte, muss sich doch die Frage gestellt werden, wo denn die passende Antwort der Liberalen dazu war!

Gerade wir als Junge Liberale sollten uns doch der Frage widmen, wo denn unsere Energie in der Zukunft herkommen soll. Bei dem letzten Bundeskongress der JuLis in Bonn kam es zum Beispiel zu der Diskussion über die Atomenergie, da eine Gruppe von Delegierten aus Berlin beantragt hatte den Atomausstieg, wie von Rot-Grün beschlossen, umzusetzen. In dieser Debatte wurde wieder einmal deutlich, dass es da innerhalb der Liberalen doch sehr unterschiedliche Meinungen dazu gibt. Am Ende der Diskussion stand dann ein Kompromisspapier, dass die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke unter hohen Bedingungen möglich zu machen sei. Ist das die richtige Lösung?

In den Liberalen wird gerne von einer Brückentechnologie gesprochen, wobei man nie weiß wo die Brücke hinführen soll. Es ist aus der Sicht eines Ingenieurs schon eine interessante Vorgehensweise, mit dem Bau einer Brücke zu beginnen, bevor man das Ziel der Brücke kennt. Genau dieses Bild stellt die momentane Situation der Liberalen in der Energiepolitik dar, da uns eine Vision und ein Konzept der Energiegewinnung in der Zukunft fehlt. Lasst uns da gemeinsam darüber diskutieren!

Wir selbst, die JuLis Göttingen, haben in unserer Antragsschublade so ein Konzept liegen – lasst es uns bei der nächsten Möglichkeit bei der FDP einbringen

und dann gemeinsam mit allen darüber diskutieren. Das Ergebnis kann dann weitergetragen werden.

Auf dass bei der nächsten populistischen Äußerung Herrn Gabriels die Liberalen mit Fachkompetenz und einem guten Konzept antworten!



Léonard Hyfing - ist Student der Agrarwissenschaften und stellvertretender Vorsitzender für Programmatik der Julis Göttingen (hyfing@julis.de)

SCHULPFLICHT ODER ZWANG?_

In Deutschland herrscht Schulpflicht!

Angefangen mit der Einführung der „allgemeinen Schulpflicht für Mädchen und Knaben“ 1595 im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken ist sie zum festen Bestandteil unseres föderalen Bildungswesens geworden und heute Bestandteil aller Landesverfassungen.

Eine Verletzung der Schulpflicht kann für die Erziehungsberechtigten unterschiedliche Folgen haben. Ist sie in den meisten Bundesländern lediglich eine Ordnungswidrigkeit die einen Bußgeldbescheid nach sich ziehen kann, drohen Eltern in Hamburg oder Hessen bis zu 6 Monaten Gefängnisstrafe.

Dennoch gibt es immer wieder Eltern die diese Konsequenzen in Kauf nehmen und ihre Kinder lieber zu Hause beschulen. Viele Fälle bleiben von den Behörden lange unentdeckt, andere Familien landen mit ihrer Geschichte in den Medien, die darüber oft negativ und reißerisch berichten. Wie diese Beschulung „am Küchentisch“ konkret aussieht oder was die Beweggründe dieser Familien sind interessiert die Öffentlichkeit kaum.

Doch warum will sich unsere Gesellschaft nicht mit diesem Thema auseinandersetzen?

Haben wir ein schlechtes Gewissen, weil es in einer Zeit, in der immer mehr Kinder Betreuungseinrichtungen besuchen, noch Eltern gibt, die ihre ganze Zeit und Energie in die Betreuung und Ausbildung ihrer Kinder stecken? Haben wir Angst davor einzugestehen, dass Eltern vielleicht imstande sein können ihren Kindern das gleiche Wissen zu vermitteln wie eine dafür geschulte und ausgebildete Lehrkraft?

Fakt ist: die meisten Eltern, die ihre Kinder selbst beschulen tun dies mit viel Liebe und großem Aufwand. Manche haben sich dazu entschieden, weil ihre Kinder Lernschwächen haben oder hochbegabt sind und sie fürchten dass, diese in einer staatlichen Schule untergehen würden, andere sind überzeugt nur so ihrer elterlichen Fürsorgepflicht gerecht zu werden. Wechseln diese Kinder auf eine staatliche Schule um z.B. einen anerkannten Schulabschluss zu erwerben, stechen sie oft durch herausragende Leistungen hervor.

Unsere europäischen Nachbarländer machen es uns vor. In Österreich, Irland, Dänemark oder auch in

Frankreich können Eltern ihre Kinder schon lange selbst unterrichten. In keinem dieser Länder hat dies dazu geführt, dass Eltern ihre Kinder massenweise nicht mehr zur Schule geschickt und sie stattdessen zu Hause sich selbst überlassen haben. Die Kinder können dort reguläre Schulabschlüsse erwerben und haben auch auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt keine Nachteile gegenüber Kindern, die eine staatliche Schule besucht haben.

Warum sollte dies nicht auch in Deutschland möglich sein? Die Zeit ist reif für eine Lockerung der Schulpflicht!



Julia Bretz - ist Studentin der Betriebswirtschaft, Mitglied im Kreisvorstand der JuLis Göttingen und stellv. Leiterin im Bundesarbeitskreis Bildung der JuLis (bretz@julis.de)

NEU_

ist David Piotrowski als JuLi-Landesprogrammatiker

David ist 26 Jahre alt und Student der Rechtswissenschaften an der Uni Göttingen. Er ist seit 2008, zunächst als Kreisprogrammatiker in Göttingen, dann als Beisitzer im Landesvorstand, aktiv. Seit dem Landeskongress in Hannover letzten Monat ist er der neue stellvertretende Landesvorsitzende der JuLis Niedersachsen für Programmik.

David engagiert sich bei den JuLis weil, ...

„Liberalismus für ein freies und selbstbestimmtes Leben des Einzelnen steht. Freiheit wiederum ist nicht selbstverständlich und musste erkämpft werden. Auch heutzutage ist sie der Bedrohung ausgesetzt eingeschränkt zu werden. Ich will meinen bescheidenen Beitrag leisten um dies zu verhindern und sie vielmehr noch auszubauen. Die Julis stehen genau dafür ein. Es ist ein zukunftsorientierter und progressiver Verband junger und engagierter Individuen. Dementsprechend war für mich klar, dass ich mitmachen wollte.“

Davids Ziele für seine Arbeit als Landesprogrammatiker:

„In erster Linie will ich versuchen neue Impulse zu geben und innovativ zu sein. Auf der anderen Seite will ich auch versuchen neben aller Realpolitik auf Grundsatzfragen einzugehen und den Liberalismus als solchen in Fokus zu rücken. Ein Seminar zu Ursprüngen des Liberalismus biete ich bereits an. Außerdem kann man auch schauen ob man einen Liberalen Jugendtag mit der Thematik besetzt. Des Weiteren haben wir im Herbst 2011 Kommunalwahlen. Dazu würde ich gerne einen Leitantrag stellen wollen.“



FDP STEURT ZU ALTEN UFERN

Es gibt wohl kaum ein Thema, das die FDP egal ob an Wahlkampfständen, Talkshows oder Parteitagen mehr in den Vordergrund gestellt, als das einfache und gerechte System des liberalen Bürgergeldes und des 3-Stufentarifes - wobei beide zueinander gehören.

Nach der Wahlniederlage von 1998 musste ein neues Programm, ein neues Image und ein neues Aushängeschild her. Zuerst hat man die Punkte in der Abkürzung des Parteinamens aufwendig wegfällen lassen, dann musste aber auch etwas Inhaltliches passieren. Nicht, dass dies der einzige Inhalt von elf Jahren Oppositionsarbeit war, aber der 3-Stufen Tarif war stets ein Kernpunkt der Programmatik der FDP, dessen Umsetzung den Wählern im Falle einer Wahl versprochen wurde.

Die Idee dahinter ist simpel – der Steuerzahler soll schnell verstehen, wie viel der Staat ihm bei einem bestimmten Einkommen an Steuern abzieht. Simpel gedacht – aber im Endeffekt doch nicht perfekt. So ist die Berechnung des zu versteuernden Einkommens (zvE) einfacher im Kopf zu behalten, allerdings sind die Formeln zur Berechnung der Einkommenssteuer in § 32a EStG kaum schwerer zu handhaben als die eines 3-Stufen oder jetzt eines noch mehrstufigeren Systems.

Wenn das 5-Stufen Steuerkonzept der FDP, das im Weiteren noch detaillierter behandelt wird, mit den Formeln in § 32a EStG verglichen wird ist ersichtlich, dass das Konzept der FDP die Berechnung kaum vereinfacht. Es wird ein zu zvE von 50.000 Euro im Jahr bei einem Single angenommen. Werbungskosten und alle anderen Abzüge bleiben unberücksichtigt und nur die Grundformel wird verglichen.

FDP 5-Stufen Modell

$$\begin{array}{l}
 \text{1. Stufe} \qquad \qquad \qquad \text{2. Stufe} \qquad \qquad \qquad \text{3. Stufe} \\
 (12500 - 8004) \cdot 0,14 + (35000 - 12500) \cdot 0,25 + (50000 - 35000) \cdot 0,35 \\
 = 11504
 \end{array}$$

§ 32a EStG Abs.1 Nr.3 i.V.m. § 52 Abs. 41 EStG

$$\left(228,74 \cdot \frac{50000 - 13469}{10000} + 2397 \right) \cdot \frac{50000 - 13469}{10000} + 1038 = 12847$$

Ein signifikanter Unterschied in der Komplexität der Berechnung ist hierbei nicht festzustellen. Bei einem noch höheren Einkommen (z .B. 60.000 Euro) wäre die Berechnung nach § 32a EStG sogar noch einfacher als mit dem FDP 5-Stufen-Modell (Berechnung nach § 32a Abs. 1 Nr. 4 EStG: $0,42 \cdot 60000 - 8172$), welches dann um eine weitere Berechnungsstufe erweitert werden müsste.

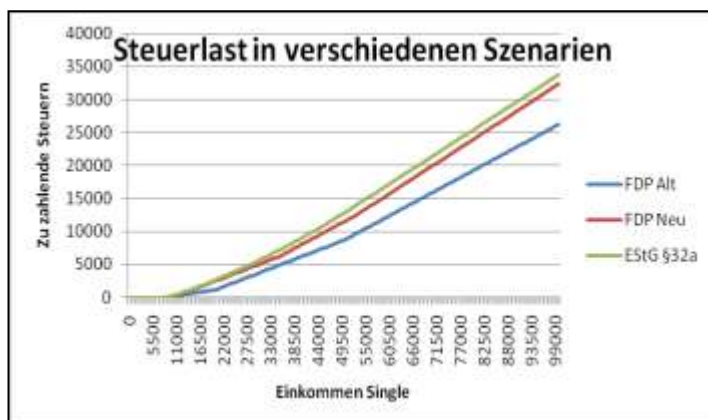


Die Berechnungssystematik mit dem Stufenmodell ist in den Programmen der FDP hinreichend beschrieben und wird hier deswegen nur kurz aufgeführt.

Eine Stufe geht ab und bis zu einem bestimmten Einkommensbetrag. Wird die Obergrenze einer Stufe überschritten, so wird diese Stufe mit dem maximal möglichen Betrag gerechnet und danach wird die darauffolgende Stufe ab dem jeweiligen Betrag dazugerechnet.

Als Beispiel ein Einkommen von 15.000 Euro nach dem 5-Stufen Modell: 1. Stufe 0 bis 8.004 Euro – keine Steuerlast; 2. Stufe 8.005 bis 12.500 Euro – 14% Steuerlast auf den Differenzbetrag von 12.500 und 8.005 Euro; 3. Stufe 12.501 bis 15.000 Euro – 25% Steuerlast auf den Differenzbetrag von 15.000 und 12.501 Euro. Die Steuern der einzelnen Stufen werden dann summiert und ergeben am Ende die tatsächliche tarifliche Steuerlast.

Nachdem die Anwendung klar ist, kann nun kritisch betrachtet werden, welche Effekte das 5-Stufen Modell, auch im Vergleich zum 3-Stufen-Modell zur Bundestagswahl 2009 auf die Steuerlast bei einem bestimmten Einkommen hat.



Beim Betrachten der Grafik wird klar, dass das neue FDP-Steuermodell sich sehr stark an das bestehende Einkommenssteuerrecht anlehnt und Veränderungen scheut. Außerdem hat das Modell sogar eine Berechnungsstufe mehr als das aktuelle Recht. Weiterhin ist enttäuschend, dass obwohl die FDP früher stets die „Reichensteuer“ für Einkommen über 250.000 Euro kritisiert hat, diese nun trotzdem beibehalten möchte. Auch wird der Eingangsteuersatz nicht wie versprochen auf 10% gesenkt, sondern bei 14% belassen. Eine weitere Grafik zeigt welche Einkommensgruppen relativ zum absoluten Einkommen durch das neue Steu-



© Dieter Schütz | pixelio.de



erkonzept entlastet werden würden.

Hierbei fällt zwar positiv auf, dass auch Einkommen knapp über dem Grundfreibetrag von 8.004 Euro eine Entlastung erfahren, diese jedoch relativ kleiner ist als bei den in Deutschland durchschnittlich erzielten Einkommen. Durch das Mehr an Stufen kommt dabei eine zunehmende ungleiche Entlastung hinzu. Dieses Konzept dürfte die Vorgabe einer gleichmäßigen Besteuerung nicht ideal erfüllen, wobei dies in dem gegebenen Fall wohl kaum verfassungsrechtlich angreifbar ist.

Problematischer ist im Hinblick auf das neue Finanzkonzept, dass die unteren Einkommensschichten kaum entlastet werden. Die Entlastungen treffen vor allem Menschen mit einem mittleren Einkommen. Eine Entlastung als solche ist nicht zu kritisieren, das Vernachlässigen des Ziels, dass Arbeit sich wieder mehr lohnen muss schon. Gerade in den niedrigeren Einkommensschichten ist momentan, auch wegen der Sozialabgaben, die relative Steuer- und Abgabenbelastung hoch. Außerdem müssen Arbeitsanreizeffekte berücksichtigt werden, die dadurch bedingt sind, dass bis zu einem Einkommen von 800 Euro pro Monat besondere Konditionen für die Sozialversicherungen ausgenutzt werden können.

Auch bei den Werbungskosten im FDP-Konzept verlieren vor allem die Arbeitnehmer mit geringerem Einkommen im Vergleich zu den heute bestehenden Regelungen. Das FDP Konzept sieht einen 2%igen pau-

schalen Werbungskostenabzug vom zVE vor, im Vergleich zu den aktuellen fixen 920 Euro (Arbeitnehmerpauschbetrag). Dies ist eine klare Entlastung der oberen Einkommensschichten zu Kosten der untersten Einkommensschichten. Arbeitnehmer profitieren von dieser neuen Regel erst ab einem zVE von 46.000 Euro im Jahr, Arbeitnehmer mit weniger Einkommen verlieren durch diese Regelung.

Selbstverständlich beinhaltet das Papier „Für faire Finanzbeziehungen zwischen Bürger und Staat“ auch innovative und sinnvolle Vorschläge. Diese kommen allerdings bei den Kernthemen, die leider sehr unverbindlich gehalten werden, unter. Es müssen wirkliche Innovationen diskutiert und umgesetzt werden. Dafür hat die Bundespartei für eine offene Diskussion zu sorgen. Dieser Punkt hat beim aktuellen Antrag bei vielen Personen Unmut erregt, da das Papier lediglich von vier Personen geschrieben und nur weniger als drei Wochen vor dem Bundesparteitag vorgestellt wurde, wobei vorher auch keine Konsultation mit vielen, bei diesem Thema sehr fähigen, Personen und Gremien geschehen ist. Das hervorgebrachte Argument, dass wegen der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen so verfahren werden muss ist nichts weiter als eine schlechte Ausrede. Für die FDP ist es Zeit sich ihrer Regierungsverantwortung bewusst zu werden, dabei aber die Ideen aus der Oppositionszeit nicht zu begraben.



Simon Gourevitch - ist stellv. Kreisvorsitzender für Organisation der JuLis Göttingen (gourevitch@julis.de)

AFGHANISTAN UND DIE DEUTSCHEN_

ein Kommentar



"Raus aus Afghanistan!" ist die Parole der Linkspartei. Und immer mehr Bürger stimmen dem zu.

Die Zahl der gefallenen deutschen Soldaten steigt. Erst vergangene Woche sind erneut vier Bundeswehrsoldaten durch eine Rakete der Taliban ums Leben gekommen. Wie rechtfertigt die Bundesregierung diese Opfer?

Die Kanzlerin spricht in ihrer Regierungserklärung den Angehörigen der Gefallenen ihr Beileid aus und der Verteidigungsminister erklärt seiner Tochter, dass die toten Soldaten Helden seien. Die Bundeswehrführung fordert schwere Waffen, ja sogar Kanonen an, um den Einsatzzweck, "Unterstützung der Regierung von Afghanistan bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit, auch und besonders zum Schutz der Bevölkerung" genügen zu können.

Das sind Informationen die einen nachdenklich stimmen. Aber sie sind Realität. Genau das, liest man heute in der Zeitung und sieht es in den Abendnachrichten.

Befinden wir uns in einem Krieg? Warum wird Deutschland am Hindukusch verteidigt, wie es der ehemalige Verteidigungsminister Peter Struck so anschaulich erklärte?

Ein Angriff Afghanistans auf Deutschland hat nicht stattgefunden. Die Deutschen helfen das Land zu stabilisieren, nachdem die afghanische Regierung von der U.S. Army, als Reaktion auf den 11. September 2001, hinweggefegt wurde. Seitdem ist die Region nicht zur Ruhe gekommen. Auch zehntausende Soldaten aus aller Welt haben bislang keinen Frieden und keine Sicherheit herstellen können.

Die Bundeswehr hat eine ehrenvolle Aufgabe: Sie hilft die universellen Menschenrechte in Afghanistan durchzusetzen. Das radikalislamische Regime der Taliban hat in den Jahren 1996 - 2001 die Bevölkerung drangsaliert und terrorisiert. Mädchen und Frauen wurden vom Zugang zu Bildung ferngehalten und von den Männern abhängig gemacht. Unter dem Schutz des Militärs können sich nun Rechtstaatlichkeit und Bürgerrechte entwickeln.

In einem bislang nicht gekannten militärischen Umfang beteiligt sich Deutschland an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe, kurz ISAF, und nimmt damit seine internationale Verantwortung wahr. Mehr als vierzig Nationen sind zur Zeit in Afghanistan vertreten. Sie alle bemühen sich dauerhaften Frieden in Afghanistan zu etablieren und das Land als Keimzelle für den Terrorismus uninteressant zu machen. Doch in den letzten Jahren haben die Angriffe auf die Truppen der ISAF stetig zugenommen. Mehr und Mehr Soldaten und schweres Kriegsgerät wurden seit 2001 an den Hindukusch verlegt. Aber mit Panzern und Kanonen gewinnt man nicht die Herzen der afghanischen Bevölkerung. Vielmehr treiben die zunehmend zivilen Opfer die Menschen in die Arme der Taliban. Die ISAF und die Bundeswehr befinden sich in einer Zwickmühle. Ein dauerhafter Friede ist in Afghanistan nicht in Sicht. Je länger der Konflikt dauert, je mehr deutsche Soldaten aus ihrem Einsatz nicht zurückkehren, desto lauter wird der Ruf: "Raus aus Afghanistan!". Ein derzeitiger Abzug der Bundeswehr wäre fatal für die Menschen in dem Land. Aber der Leidensdruck in der deutschen Bevölkerung wächst. Wie lange werden die Menschen, für den Schutz der Menschenrechte und die Eindämmung des Terrorismus in Afghanistan, noch tote Soldaten in Kauf nehmen?



Henrik Jacobs - ist Student der Rechtswissenschaften, Mitglied im Kreisvorstand der Julis Göttingen und Leiter des Landesarbeitskreises Internationales (henrik.jacobs@gmx.de)

RÜCKBLICK_

17. Februar: Zu Besuch: MdB Frank Schäffler

Am 17. Februar haben wir gemeinsam mit den Freiheitsfreunden Göttingen eine Diskussionsveranstaltung mit dem Obmann der FDP-Bundestagsfraktion im Finanzausschuss, Frank Schäffler zum Thema Finanzkrise organisiert.

Auf der, mit rund 50 Teilnehmern sehr gut besuchten, Veranstaltung in der Junkernschänke hielt Schäffler zunächst einen kurzen Vortrag über die Ursachen der Finanzkrise und das staatliche Geldmonopol bevor er in die Diskussion mit den Teilnehmern einstieg. In dieser kamen vor allem die horrende Staatsverschuldung Griechenlands und die Auswirkungen dieser auf die Stabilität des Euros zur Sprache.



die JuLis mit Frank Schäffler (links)

28. Februar: **Neuwahlen der Leitung des LAK „Internationales“**

Henrik Jacobs, einer unserer Beisitzer im Kreisvorstand, ist zum neuen Leiter des Landesarbeitskreises „Internationales“ gewählt worden. Seine Arbeit wird von den beiden stv. Leitern Jan-Niklas Hörmann (Kreisvorsitzender KV Friesland-Wilhelmshaven) und Christian Straker (KV Ems-Vechte) unterstützt. Herzlichen Glückwunsch zur Wahl!

Wer sich für internationale Politik interessiert und seine Ideen auf Landesebene der JuLis NDS einbringen möchte, kann sich per Mail an Henrik wenden: henrik.jacobs@gmx.de

27./28. März: 59. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Der alljährliche Wahl-LaKo fand dieses Mal im Congress Centrum Hannover statt. Neben der Beratung des Leitantrags zum Thema Arbeitsmarktpolitik fanden Neuwahlen des Landesvorstandes, des Landesschiedsgerichtes, der Delegierten zum Bundeskongress der JuLis und der Kassenprüfer statt.

Der Landesvorstand setzt sich in diesem Amtsjahr aus dem Landesvorsitzenden Matthias Seestern-Pauly, dem Landesorganisator und stv. Vorsitzenden Oliver Olpen, dem Landesprogrammatiker und stv. Vorsitzenden David Piotrowski, dem Landesschatzmeister und stv. Vorsitzenden Felix Bensmann, der Pressesprecherin und stv. Vorsitzenden Verony Reichelt und den vier Beisitzern Tanju Saltiloglu, Niklas Drexler, Charlotte Winkler und Christian Rademaker.



© Birgit Winter | pixelio.de

Im neuen Rathaus Hannover fand die erweiterte Landesvorstandssitzung am Freitag vor dem LaKo statt.

Besonders freuen wir uns natürlich darüber, dass mit David jetzt ein Göttinger die programmatischen Geschicke des Landesverbandes leitet. Er und Léonard wurden zudem als BuKo-Delegierte gewählt und werden im nächsten Jahr unsere Interessen auf Bundesebene vertreten.

Des Weiteren stand der LaKo ganz im Zeichen der Verabschiedung von Martin Hexelschneider der mit **seinen 36 Jahren nun das „JuLi-fähige“ Alter überschritten** hat. Martin der aus dem Kreisverband Hannover-Stadt kommt war unter anderem Mitglied im Landesvorstand der JuLis Niedersachsen und Schatzmeister im Bundesvorstand. Sowohl er, als auch Fabian Ettrich der nicht erneut als Beisitzer für den Landesvorstand kandidiert hat, wurden mit Standing Ovations verabschiedet.

9./10. April: Bundeskongress der Jungen Liberalen in Bonn

Auch auf dem BuKo in Bonn kam es in diesem Frühjahr zu Neuwahlen des Vorstands. Neben der Verabschiedung des langjährigen Bundesvorsitzenden Johannes Vogel MdB in den deutschen Bundestag trat auch keiner der stv. Vorsitzenden im Bundesvorstand erneut an. Neugewählt zum Bundesvorsitzenden wurde Lasse Becker (LV Hessen). Er trat in einer spannenden Kampfkandidatur gegen Leif Schubert (LV Baden-Württemberg) an und wurde im zweiten Wahlgang mit einer knappen Mehrheit (101 zu 98 Stimmen) gewählt. Zuvor hatten beide Kandidaten in einem fairen und erfrischenden verbandsinternen Wahlkampf um die Stimmen der Delegierten geworben.



Beethoven-Denkmal in Bonn

Bei seiner Arbeit für die JuLis wird Lasse von Laura Betz (stv. Vorsitzende für Organisation), Jan Krawitz (stv. Vorsitzender für Programmatik), Johannes „Hanni“ Wolf (stv. Vorsitzender für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) und Christoph Blödner (Schatzmeister) unterstützt. Konstantin Kuhle (ehem. Landesprogrammatiker der JuLis NDS und langjähriger Kreisvorsitzender unseres Nachbar-kreisverbandes Northeim) wurde erneut als Beisitzer gewählt. Der ehemalige Landesvorsitzende der JuLis NDS Björn Försterling, MdL wurde zum neuen Ombudsmann unseres Bundesverbandes gewählt.

Der diesjährige Leitantrag zur Familienpolitik, in dem das Familienmodell der Verantwortungsgemeinschaft näher definiert wird, wurde nach einer hitzigen Diskussion in einer geheimen Abstimmung beschlossen. Der ursprünglich aus unserem Kreisverband stammende Antrag zur Energiepolitik den die JuLis Niedersachsen gestellt haben konnte aus Zeitgründen nicht beraten werden. Er wurde an den nächsten BuKo verwiesen.

14. April: Zu Gast: Prof. Dr. Habermann

Am 14. April haben wir gemeinsam mit den Freiheitsfreunden Göttingen in der Junkernschänke eine Vortrag mit Prof. Dr. Habermann zum Thema **“Nietzsche: Gegner oder Freund des Liberalismus?”** organisiert.

Nach seinem umfangreichen Vortrag, in dem er unter anderem auch auf die Lebensgeschichte Nietzsches einging, stieg Prof. Dr. Habermann in die Diskussion mit den gut 30 anwesenden Teilnehmern ein.



AUSBLICK_

8. Mai: Landesarbeitskreissitzungen in der Landesgeschäftsstelle in Hannover

11:00-13:30 Uhr: LAK Wirtschaft & Finanzen

13:30-16:00 Uhr: LAK Bildung

Beide LAKs wählen an diesem Tag eine neue LAK-Leitung

12. Mai: JuLi-Treffen!

Wir treffen uns wie üblich um 19:30 Uhr in der FDP-Kreisgeschäftsstelle und freuen uns über jeden der vorbeischaud um mit uns über aktuelle politische Themen zu diskutieren.



die LHG Göttingen
konstituiert sich neu

LHG

„Wir wollen uns neue Grundsätze geben, offen und transparent sein, auf die Menschen, gerade die Studentinnen und Studenten an unserer Universität, der Georg-August-Universität Göttingen, zugehen, ihnen zuhören, Probleme erkennen und diese schließlich **schnellstmöglich versuchen zu lösen**“, so einstimmig der neue Vorstand der LHG.

Wer wir sind:

- Julia Meinke, 21 Jahre alt und Mathematik- und Politikstudentin im 4. Semester
- Arne Sailer, ebenfalls 21 und Physikstudent im 2. Semester
- Vincent Zimmer, 20 Jahre und Student der VWL und Politikwissenschaft im 2. Semester
- Marco Meden, 21 Jahre alt und Jurastudent im 2. Semester
- Judith Büntzel, Studentin der Humanmedizin im 2. Semester
- Léonard Hyfing, Student der Agrarwissenschaften im 5. Semester

Die LHG versteht sich als gemeinnütziger Verein, der keine wirtschaftlichen Zwecke verfolgt, sondern versucht, sich für die Studentinnen und Studenten hochschulpolitisch einzusetzen. Wir sind mit 1. Sitz erneut ins Studierendenparlament (StuPa) eingezogen, wo Alexander Börries (Julia Meinke als Vertreterin) uns kompetent vertritt. Auch dort werden wir uns darum bemühen, dass das liberale Gedankengut wieder mehr Beachtung und Gehör findet - in einer Zeit, in der von anderen lieber Klientelpolitik betrieben wird. Deswegen haben wir u. a. folgende Punkte in unseren Grundsätzen festgehalten:

1. Zum einen wollen wir eine generelle Anwesenheitspflicht in Seminaren und Übungen abschaffen, da junge Menschen, die ein Fach studieren möchten, auch selber darüber entscheiden sollen, zu welcher Veranstaltung sie gehen und wo sie ihre persönlichen Schwerpunkte setzen. Nur so entwickeln sich freie und mündige Bürger, nicht durch Zwänge und Pflichten.

2. Das Masterangebot muss ausgeweitet werden, die Masterzugänge flexibilisiert, sodass man auch in der Realität die Möglichkeit hat, in einer Stadt ein Fach zu studieren und dann in einer anderen auch seinen Master machen zu können. Einheitliche Bachelorabschlüsse verfehlen sonst ihre Wirkung.

3. Um Punkt 1 und 2 umsetzen zu können, muss es gewisse Mindeststandards im Studium geben, beispielsweise müssen Prüfungsleistungen transparent sein, sowie auch der Workload für ein Modul ein realistischer Bezug auf die in diesem Modul erwartenden Creditpoints sein.

4. Das Lehramtsstudium muss verbessert werden. Der Pädagogikanteil ist zur Zeit viel zu gering. Zudem haben die Lehramtsstudenten viel zu selten und zu spät die Möglichkeit, Praxiserfahrung zu sammeln.

5. Das universitäre Umfeld in Göttingen muss verbessert werden. Es sollte auf dem Göttinger Campus mehr Fahrradständer geben, sodass jeder Student die Möglichkeit hat, sein Fahrrad gegen Diebstahl zu sichern. Ferner sollte eine Umgestaltung des Oeconomicum und der SUB (Staats- und Universitätsbibliothek) stattfinden. Die Arbeitsbedingungen sind in der SUB beispielsweise durch bestimmte Wünsche der Bauherren nicht ausreichend gut, die Tische beispielsweise zu niedrig, das Gebäude zu offen, daher zu hellhörig zum ungestörten Arbeiten.

Noch mehr Informationen zu unserem Programm findet ihr auf unserer Homepage (www.lhg-goe.de).

Wir, die LHG Göttingen, möchten uns für eine zukunftsweisende und liberale Hochschulpolitik einsetzen, die jeden Studenten berücksichtigt. Dazu bitten wir um Unterstützung von unseren liberalen Freundinnen und Freunden. Wir treffen und wöchentlich um 20 Uhr im Waldweg 26 in Göttingen. Es werden kurze Vorträge gehalten und aktuell-politische Themen besprochen. Einmal monatlich soll ein Vortragsabend in etwas größerem Rahmen stattfinden. Dazu sind herzlich alle interessierten Studentinnen und Studenten, wie auch Politiker eingeladen.

Mit liberalen Grüßen, eure LHG Göttingen.



FRAGEZEICHEN_

mit Fabian Ettrich

Fabian Ettrich ist 26 Jahre alt und Wahlkreismitarbeiter unseres Bundestagsabgeordneten Dr. Lutz Knopek. Nach dem Besuch einer Realschule und dem Abitur an einem Wirtschaftsgymnasium hat er an der Uni Osnabrück Politikwissenschaften und Neuere und Neueste Geschichte studiert. Er ist seit 2002 bei den JuLis aktiv. Nach der Mitgründung eines JuLi-Ortsverbandes, übernahm er den JuLi-Ortsvorsitz, wurde FDP-Kreisvorstandsmitglied, und nach einem Ortswechsel Kreisvorsitzender der JuLis Osnabrück. Die Arbeit der FDP unterstützte er dort als Kreisvorstandsmitglied. Zudem war er Mitglied des Landesvorstands der JuLis Niedersachsen. Im Bereich Presse und Öffentlichkeitsarbeit hat er unter anderem das Mitgliedermagazin „Freistil“ der JuLis Niedersachsen betreut. In seiner Freizeit beschäftigt sich Fabian mit Fußball und gutem Rock (speziell der 80er). Wichtig für ihn sind Familie und sein Freundeskreis.



FREIZEICHEN: Hallo Fabian! Als Wahlkreismitarbeiter bist du ein wichtiger Ansprechpartner für die Bürger vor Ort. Wie gefällt Dir Dein Job?

Fabian: Schön finde ich vor Allem den praktischen Bezug zu den theoretischen Grundlagen. Mein Job ist eine gute Ergänzung zu meinem Studium, das ich aus Interesse an politischen Strukturen, Institutionen und Inhalten gewählt habe. Besonders interessant die Vielseitigkeit der Arbeit als Wahlkreismitarbeiter. Vom Ausbau einer Straße bis zur Diskussion über große politische Themen. Zudem gefallen mir die Zusammenarbeit und der menschliche Austausch mit den Kollegen gut.

FREIZEICHEN: Begonnen hast du Deine Laufbahn innerhalb der Partei bei den JuLis. Seit 2002 bist Du dabei. Warum hast du dich entschlossen Mitglied zu werden?

Fabian: Das liberale Lebensgefühl hat mich von Anfang an fasziniert und tut es bis heute. Allerdings störe ich mich manchmal daran, dass die Wichtigkeit von Inhalten zum Teil betont aber nicht ausgefüllt wird. Ansonsten gefällt mir die liberale Diskussionskultur jedoch sehr. Besonders reizen mich die Kontroversen zwischen libertären, konservativ-liberalen und sozial-liberalen Positionen.

FREIZEICHEN: Ein vielzitiertes Ausspruch besagt, die JuLis seien die „beste politische Jugendorganisation Deutschlands“. Wieso trifft dies für Dich zu?

Fabian: Wir halten am wenigsten an alten Denkmustern fest und sind uns nicht zu schade sind, alternati-

ve Lösungsansätze zu entwickeln und auch nach außen zu vertreten.

FREIZEICHEN: Über Liberalismus kann man in der Theorie verschiedene Ansichten vertreten. Was bedeutet für dich „Gelebter Liberalismus“?

Fabian: Gelebter Liberalismus bedeutet für mich: Anderen ohne Vorurteile zu begegnen, sich selbst und seine Position ständig zu hinterfragen und gute Argumente anderer anzuerkennen.

FREIZEICHEN: 2011 stehen Kommunalwahlen an. Was ist im Wahlkampf besonders wichtig?

Fabian: Für den Kommunalwahlkampf 2011 ist mir besonders wichtig, dass: Die FDP sich nicht versteckt, sondern selbstbewusst Erreichtes und Gewolltes präsentiert. Dabei ist es wichtig, dass alle an einem Strang ziehen.

FREIZEICHEN: Hättest Du Lust uns zum Ende unseres Interviews noch etwas mit auf den Weg zu geben (ein Zitat o.ä.)?

Fabian: **"Freiheit bedeutet für uns nicht Disziplinlosigkeit, sondern Pflicht. Liberal sein heißt nicht herrschen, sondern der Freiheit dienen."**

Karl-Hermann Flach

Impressum

Junge Liberale Göttingen

V.i.S.d.P. Sascha Schade

Wilhelm-Weber-Straße 4—37073—Göttingen— c/o. FDP Göttingen

Layout und Gestaltung: Julia Bretz und Luise Mehrke